

2012

GESCHÄFTSBERICHT
IT FÜR ÖSTERREICH





INHALT

Vorwort der Finanzministerin	4
Bericht des Aufsichtsrates	6
Vorwort der Geschäftsführung	7
Unternehmensdarstellung	10
Das IT-Dienstleistungszentrum der Verwaltung	10
Die BRZ-Strategie	10
Das BRZ in Zahlen	11
BRZ-Erfolgsfaktoren	12
Kosteneffizienz	
Qualität & Sicherheit	
Kunden- und Serviceorientierung	
Innovation	
BRZ – Partner der Wirtschaft	16
Projekt-Highlights 2012	17
BRZ-Meilensteine: Projekte und Auszeichnungen	20
Konzernlagebericht	24
Konzernabschluss	34
Konzernbilanz	
Konzern-Gewinn- & Verlustrechnung	
Konzern-Kapitalflussrechnung	
Darstellung der Komponenten des Eigenkapitals	
Konzernanhang	42
Rechtliche Grundlagen	
Konsolidierungsgrundsätze	
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	
Sonstige Angaben	
Organe des Mutterunternehmens	
Anlagenspiegel	
Bestätigungsvermerk	
Impressum	56

VORWORT DER FINANZMINISTERIN



Eine moderne, schlanke Verwaltung stützt sich auf innovative Informations- und Kommunikationstechnologien. Strukturreformen in der öffentlichen Verwaltung sind daher ein wichtiges Ziel des Österreichischen Stabilitätsprogrammes. Denn durch die notwendigen und punktgenauen Reformen machen wir Österreich zukunftsfit und stellen die Leistungsfähigkeit des Staates sicher.

Service und Kundenzufriedenheit werden in der Finanzverwaltung groß geschrieben. Daher sind uns Modernisierung und Konsolidierung besondere Anliegen. Eine Reihe von grundlegenden Umwälzungen sind bereits realisiert, manche sind eben erst beschlossen und an deren Umsetzung wird nun intensiv gearbeitet. Die Informationstechnologie ist hier fixer Bestandteil, denn die E-Government Services sind tragende Plattformen für die Einführung neuer Strukturen:

FinanzOnline ist ein klassisches Beispiel für mehr Service und weniger Kosten. Mit einem Mausklick – rasch und unkompliziert erhalten 2,5 Millionen Österreicherinnen und Österreicher das Geld aus ihrer Arbeitnehmerveranlagung zurück. FinanzOnline trägt nicht nur massiv zu einer effizienten Verwaltung bei, sondern ist auch die erfolgreichste E-Government-Anwendung Europas und darauf können wir stolz sein.

Einen weiteren Meilenstein der IT-Strategie des BMF stellt das *Unternehmensserviceportal* dar – die zentrale Service-Website der österreichischen Verwaltung für die Wirtschaft. Unternehmen benötigen nur noch ein Portal für alle Behördenwege zum Bund – das ist Verwaltung von der schnellsten Seite.

Mit der *Transparenzdatenbank* haben wir das Förderwesen in Österreich nachhaltig revolutioniert und damit den Durchblick im Förderdschungel geschaffen. Mit der neuen Vereinbarung bei der Transparenzdatenbank tragen wir entscheidend zu mehr Leistungsgerechtigkeit und -bewusstsein bei und erreichen umfassende Verwaltungsvereinfachungen. Die Auszeichnung zum innovativsten eGovernmentprojekt 2012 zeigt umso mehr, dass wir am Puls der Zeit arbeiten.

Die *Haushaltsrechtsreform* – mit der Umstellung von der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung auf ein kaufmännisches Rechnungswesen – macht das Budget modern und fit für die Zukunft. Besonders wichtig ist mir auch die neue *Wirkungsorientierung*. Dargestellt wird erstmals, was die einzelnen Ressorts und Dienststellen für das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler leisten – ein weiteres Tool für mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Effiziente Verwaltung ist ein laufender Prozess mit laufenden Projekten. Dies haben wir auch bei der Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit bewiesen, im Zuge derer 120 Sonderbehörden und Berufungssenate in 11 Verwaltungsgerichten aufgehen. Auch hier wird die Informationstechnik das Medium für raschere Verfahren und schlankere Strukturen werden.

Wir haben der Verwaltungsinformatik immer mehr Raum bei der Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Staates gegeben. In der Folge ist sie selbst Gegenstand von Reform und Konsolidierung geworden. So haben wir etwa ressortübergreifende *Standards im IT-Bereich* gesetzlich festgeschrieben und der Bundesrechenzentrum GmbH dadurch eine zentrale Aufgabe als prioritärer IT-Dienstleister zugeordnet.

Österreich ist ein gut verwaltetes Land. Doch die hohe Effizienz ist nur durch kontinuierliche Struktur-
anpassungen zu erhalten. Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung wird daher eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre bleiben.

Bei allen Reformschritten wird die IT zur Umsetzung der Veränderungen gefragt sein. Wir sind Technologievorreiter bei E-Government. Die Bundesrechenzentrum GmbH hat dabei eine tragende Rolle und die Aufgabe, mit Innovation, Qualität und Verlässlichkeit weiter dazu beizutragen.

Als Eigentümervertreterin gilt mein Dank der Bundesrechenzentrum GmbH und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement zum Erfolg des Geschäftsjahres 2012.



Dr. Maria Fekter
Bundesministerin für Finanzen

BERICHT DES AUFSICHTSRATES ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2012



Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig von der Geschäftsführung über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens informiert. Er hat laufend die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben der Informations- und Kontrollpflicht wahrgenommen, insbesondere in vier Quartalssitzungen.

Der Aufsichtsrat hat zusammen mit der Geschäftsführung die Strategie der BRZ GmbH dem jährlichen Review unterzogen. Das Jahresprogramm für die Umsetzung der Strategie wurde sowohl auf Kosteneffizienz und Innovation, als auch auf die Aufgabe der BRZ GmbH im IKT-Konsolidierungsgesetz ausgerichtet, Standards für E-Government-Basisdienste anzubieten. Das Geschäftsvolumen ist gegenüber 2011 deutlich angestiegen. Einige große Reformvorhaben im Kernmarkt Bund wie zum Beispiel die zollrechtlichen Bewilligungen aus dem Programm E-Finanz Steuer und Zoll oder die Haushaltsrechtsreform im Personalmanagement-, Haushaltsmanagement- und im Budgetmanagement-System wurden erfolgreich fertig gestellt und in Betrieb genommen.

Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates hat sich in zwei Sitzungen eingehend über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses informiert, sowohl an Hand der Berichte der Geschäftsführung als auch durch den Bericht des Wirtschaftsprüfers. Der Prüfungsausschuss hat seinerseits dem Aufsichtsrat über die Ergebnisse seiner Arbeiten zeitnah und umfassend berichtet. Der Prüfungsausschuss hat sich darüber hinaus eingehend über das Interne Kontrollsystem, das Risikomanagement und das Prüfprogramm der Internen Revision informiert.

Dem Jahresabschluss zum 31.12.2012 wurde vom Abschlussprüfer, der BDO Austria GmbH, Kohlmarkt 8, 1010 Wien, der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer erteilt. Der Aufsichtsrat billigte nach eingehender Prüfung den Jahresabschluss 2012 und empfahl der Gesellschafterversammlung dessen Feststellung.

Für die geleistete Arbeit und das große Engagement spricht der Aufsichtsrat der Geschäftsführung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BRZ GmbH seinen Dank aus.

Wien, Mai 2013

A handwritten signature in black ink that reads "Georg Schöppel". The signature is written in a cursive, flowing style.

Mag. Georg Schöppel
Vorsitzender des Aufsichtsrates

VORWORT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

im Geschäftsjahr 2012 konnte die BRZ GmbH alle Ziele erreichen und zum Teil übertreffen. Die BRZ GmbH hat dabei ihre Rolle als leistungsfähiger, verlässlicher und partnerschaftlicher IKT- und E-Government-Dienstleister bekräftigt, dessen Erfolg immer der Erfolg der Kunden und ihrer Projekte ist.

Kosteneffizienz stand dabei weiterhin im Mittelpunkt unseres Agierens wodurch auch im Geschäftsjahr 2012 die Preise nachhaltig für unsere Kunden gesenkt werden konnten. Seit dem Jahr 2008 wurden somit mehr als 180 Millionen Euro an IT Kosten für den Bund eingespart, wobei die Servicelevels mit unseren Kunden gehalten wurden.

Das Jahr 2012 brachte auch eine völlig neue Perspektive für die Aufgabe und Rolle der BRZ GmbH in der IKT des Bundes. Mit dem IKT-Konsolidierungsgesetz wurde die Vereinheitlichung bestehender und neu zu schaffender IKT-Lösungen für den Bund festgelegt und die BRZ GmbH bei Marktkonformität als prioritärer IKT-Dienstleister genannt. Unser Unternehmen hat nicht nur in bisher schon gewohnter Weise IKT-Services kostenoptimiert und qualitätsgesichert zu leisten, sondern auch an der IKT-Konsolidierung des Bundes mitzuarbeiten, Kooperationen zu ermöglichen, zu unterstützen und umzusetzen.

Das ist eine neue und nachhaltige Erweiterung des BRZ-Umfelds, in der uns eine proaktive Rolle in der strukturellen Konsolidierung der IKT-Systemlandschaft und des E-Government Serviceportfolios des Bundes zukommt.

Das werden auch die Schwerpunkte für das Jahr 2013 sein: Kosteneffizienz und Qualität bei den laufenden Services, engere Kooperation und maximale Transparenz bei standardisierbaren IKT-Anwendungen des Bundes.

Wir bedanken uns bei allen Kunden und Geschäftspartnern für die erfolgreiche Zusammenarbeit im Jahr 2012. Besonderer Dank gilt allen BRZ-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrer Leistung und ihrem großen Einsatz für unser Unternehmen den Erfolg des Jahres 2012 erst möglich gemacht haben.

DI Roland Jabkowski, MBA
Geschäftsführer

Mag.^a Christine Sumper-Billinger
Geschäftsführerin





UNTERNEHMENS DARSTELLUNG

UNTERNEHMENS DARSTELLUNG

DAS IT-DIENSTLEISTUNGSZENTRUM DER VERWALTUNG

Dank der IT-Kompetenz und dem Verwaltungsprozess-Know-how unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist das BRZ der führende IT-Dienstleister der Bundesverwaltung.

Die bisherige und zukünftige Basis dafür ist die konsequente Ausrichtung der Vision, Mission und Strategie des Unternehmens am Nutzen für unsere Kunden.



DIE BRZ-STRATEGIE: „MORE FOR LESS“

Als IT-Dienstleistungszentrum des Bundes unterstützt das BRZ laufend die Optimierung von Verwaltungsprozessen und senkt dabei signifikant die Kosten. Damit sind wir der IT-Partner für ein effizientes, modernes und bürgernahes Österreich.

Unsere Unternehmensstrategie basiert auf fünf Säulen:

effizient. Als großes Shared-IT-Service-Center nutzen wir Synergiepotenziale, indem wir Aufgaben und Prozesse bündeln, Skaleneffekte nutzen, Doppelgleisigkeiten vermeiden, IT standardisieren und wieder verwenden.

sicher. Wir sichern mit unseren Lösungen die Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Dabei bieten wir das höchste Sicherheitsniveau – das bestätigen uns Zertifikate und unabhängige Gutachter.

vertrauenswürdig. Die 100 %-Eigentümerschaft des Bundes macht das BRZ zum vertrauenswürdigsten IT-Dienstleister für den Bund.

kompetent. Das Wissen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über E-Government-Architektur und Verwaltungsprozesse macht uns zum idealen Partner für Verwaltungsreform und -modernisierung.

kostenoptimiert. Mit unserem Shared-IT-Service-Konzept ohne Gewinnaufschlag bieten wir das beste Preis-Leistungs-Verhältnis. Unser Maßstab dafür sind laufende Marktvergleiche.

Strategie und Umsetzung

Die Strategie wird in jährlichen Reviews der Geschäftsführung mit dem Aufsichtsrat aktualisiert und in Jahresprogrammen umgesetzt. Über die Realisierung der konkreten strategischen Initiativen wird quartalsmäßig an den Aufsichtsrat und den Eigentümer berichtet.

2012 war die Strategie neben dem Eckpfeiler Kosteneffizienz schwerpunktmäßig auf die Produktivitätsentwicklung durch Industrialisierung und Standardisierung der Softwareerstellung und auf Kooperationen im Partnerumfeld ausgerichtet.

DAS BRZ IN ZAHLEN

2012

Umsatz 2012 in Mio. Euro	265,3
Mitarbeiter/innen in VBÄ	1.209
Betriebsstandorte	1.200
Betreute IT-Arbeitsplätze	> 30.000
Implementierte IT-Lösungen	> 300
Nutzer der BRZ IT-Services	> 3.000.000
Host-Leistung	> 7.000 MIPS
Server	> 3.000
Gespeicherte Daten	> 1.800 Terabyte

BRZ-ERFOLGSFAKTOREN

Das BRZ, als IT-Dienstleistungszentrum für Verwaltungsmodernisierung und -reform, verfolgt kontinuierlich effektive Strategien zur Unterstützung seiner Kunden. In den letzten Jahren wurden umfassende Initiativen gesetzt, um die Kosteneffizienz und Produktivität des Unternehmens nachhaltig zu steigern. Auch 2012 konnten wir die IT-Kosten für unsere Kunden weiter senken, bei gleichzeitigem Ausbau von Qualität und Sicherheit. Zusätzlich hat sich das BRZ als Innovationspartner speziell im Bereich Cloud-Computing, Mobility und Open Government Data weiter etabliert. Die Kunden- und Serviceorientierung ist dabei für das BRZ der entscheidende Erfolgsfaktor.

Erfolgsfaktor Kosteneffizienz

Angesichts knapper Haushalte in der Verwaltung setzt das BRZ seit Jahren auf maximale Kosteneffizienz, bei gleichzeitiger Erhöhung der Servicequalität. Oberstes Ziel ist es, die Kunden bei der Erreichung ihrer Einsparungsziele bestmöglich zu unterstützen. Dabei ist es gelungen, die IT-Kosten des Bundes durch Effizienz- und Produktivitätssteigerung deutlich zu senken: Seit dem Jahr 2008 konnte das BRZ für seine Kunden insgesamt mehr als 180 Mio. Euro an IT-Kosten einsparen. Erreicht wurde dieses Ergebnis durch konsequente Standardisierung, Virtualisierung, Konsolidierung, Automatisierung, Bündelung und Wiederverwendung – also durch den Einsatz industrieller Methoden.

Auch 2012 gelang es dem Unternehmen, die IT-Kosten für seine Kunden um durchschnittlich 2,1 % bzw. 4,4 Millionen Euro zu reduzieren.

“More for less“

	2008	2009	2010	2011	2012	Budget 2013
Durchschnittliche Preisänderung in %	-5,1	-2,7	-5,2	-6,0	-2,1	-2,2
Kumulierte Einsparungen in Mio. Euro	10,3	25,9	52,1	90,3	132,9	180,5

Auch BRZ-intern wurden in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Kosteneffizienzsteigerung umgesetzt. Folgend beispielgebend einige der erfolgreichen Projekte, die im Unternehmen bzw. gemeinsam mit unseren Kunden realisiert wurden, mit speziellem Fokus auf die Einsparungen im Jahr 2012.

BRZ-Projekte

Overhead-Reduktion

Die Steigerung der Produktivität und damit der Kosteneffizienz im Personaleinsatz wird im BRZ u. a. mit dem strategischen Key Performance Indicator Overhead-Anteil gemessen. Das Verhältnis von Overhead Personal zu operativem, direkt verkauften Personal konnte in den letzten fünf Jahren von 17,3 % auf 14,7 % gesenkt werden. Diese Overhead-Reduktionen haben sich entsprechend positiv in den Kosten und in den Preisen für Personalleistungen niedergeschlagen.

Beschaffung über BBG

Durch die Bündelung der Beschaffung im Shared-Service-Center Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG) profitiert auch das BRZ als BBG-Kunde von den günstigen Ausschreibungspreisen. Alleine im Jahr 2012 betrug das Beschaffungsvolumen des BRZ bei der BBG mehr als 60 Mio. Euro.

Standortkonsolidierung

Im Jahr 2012 wurde die weitere Konsolidierung von insgesamt fünf Standorten auf die beiden Standorte Bundesrechenzentrum Haupthaus und Citypoint durchgeführt. Das Projekt wurde mit Fertigstellung der Sanierung des Objektes Hintere Zollamtsstraße 4 im Juni 2012 abgeschlossen. Insgesamt konnte die Bestandfläche um ca. 6.500 m² reduziert werden. Die Einsparung aus den Mietkosten beträgt allein für 2012 rund 400.000,- Euro.

Servervirtualisierung

2012 wurde die virtuelle Serverumgebung von 396 Servern auf 613 virtuelle Server für Windows und LINUX ausgebaut. Dieser 55%ige Zuwachs an virtuellen Servern führt zu einer Preisreduktion je virtuellem Prozessor um 29 %. Vorwiegend kommt diese Technologie im Frontend-Bereich (Webserver, Proxy) zum Einsatz und ermöglicht eine auf die jeweiligen Anforderungen abgestimmte Ressourcenoptimierung.

Virtualisierung SAN-Storage

Im vergangenen Geschäftsjahr wurde der zentrale SAN-Storage virtualisiert und Thin Provisioning zur Optimierung der DISK-Kapazitätsbereitstellung für die IT-Verfahren unserer Kunden eingeführt. Durch diese Maßnahmen konnten die Storage-Kosten um 12 % gesenkt werden. Zentrale, verfahrensunabhängige Datenverwaltung garantiert Zugriffszeiten und stellt sicher, dass zusätzliche Kapazitäten flexibel und in time bereitgestellt werden können.

Green-IT-Initiative

Das BRZ hat 2010 – mit der Vision „das grünste Rechenzentrum Österreichs“ zu werden – ein umfassendes Green-IT-Maßnahmenpaket initiiert. Ziel war die nachhaltige Reduktion des Energieverbrauchs.

Als Ergebnis konnte der Stromverbrauch in den letzten 3 Jahren um mehr als 25 % gesenkt werden, das entspricht einer Einsparung von jährlich 950 Tonnen CO₂-Ausstoß. Dadurch wurde die Umweltbelastung reduziert und gleichzeitig die Kosten gesenkt.

Der Einsparungseffekt beim Stromverbrauch aus der Green-IT-Initiative lag auch im Jahr 2012 bei 720.000,- Euro. Beim Fernwärmeverbrauch konnte 2012 eine Kostenreduktion von 210.000,- Euro erzielt werden.

Kundenprojekte

Produktionsbetrieb Personalmanagement des Bundes (PM-SAP) und Haushaltsmanagement des Bundes (HV-SAP)

Seit 2008 wurden die Kosten für den Produktionsbetrieb des Verfahrens PMSAP um 3.091 Mio. Euro und für HVSAP um 2.275 Mio. Euro reduziert. Dies wurde durch sinkende Infrastrukturkosten, durch die Erhöhung von Reifegrad und Qualität der Verfahren, durch Skalierungseffekte der Nutzung der Verfahren und insbesondere durch Standardisierung, Automatisierung und Industrialisierung der Entwicklungs-, Change- und Produktions-Betriebsprozesse, unterstützt durch kontinuierliche Verbesserungsprozesse, erreicht. Als Beispiel für die kontinuierliche Verbesserung kann das Projekt „System Landscape Optimization“ zur Reduktion der Mandanten und Systeme im Verfahren HVSAP genannt werden. Damit konnten Erweiterungen an Funktionalitäten und Prozessen und die Verbreiterung der Verfahren in den Ressorts ohne Kostensteigerung bzw. Preissteigerungen erreicht werden.

Effizienzsteigerung Justiz 2012

2012 erfolgte der Start für das Justiz-Migrationsprojekt von einer Mainframeplattform auf eine Unix Plattform inklusive Datenbankwechsel. Dabei konnten für die Justiz nach der Migration nur einer großen Anwendung 80.000,- Euro pro Monat für Zukunftsprojekte freigespielt werden.

Im Jahr 2013 ist die Migration weiterer Anwendungen auf die neue kostengünstige Plattform geplant.

eAMS

Im Jahr 2012 konnte unter Mitwirkung des BRZ für das AMS eine Kosteneinsparung in der Höhe von rund 475.000,- Euro erzielt werden. Diese Einsparung wurde durch nicht versendete postalische Schreiben, die das AMS seinen Kundinnen und Kunden elektronisch im Rahmen des eAMS-Kontos zur Verfügung stellt, realisiert. Die einzelnen Einsparungen widerspiegeln sich in den Bereichen Papier, Druck und Nachbearbeitung (ca. 13 % der Einsparungen) sowie Porto (rund 87 % der Einsparungen).

ELAK-Betriebsentgelt

Das ELAK-Betriebsentgelt wurde 2012 nicht gemäß der vertraglich vorgesehenen Indexanpassung um 3,3 % erhöht, sondern um 2,1 % gesenkt. Durch diese Effizienzsteigerung im Betrieb und durch die Optimierung des Hardware-Einsatzes konnte eine Einsparung für die ELAK-Kunden in der Höhe von 350.000,- Euro erzielt werden.

E-Gov-Portal-Services

Im Rahmen der E-Government-Portal-Services konnten mit dem Shared Service Portal-Access-Management 2012 Einsparungen von 247.000,- Euro für die BRZ-Kunden erzielt werden. Diese Einsparungen waren möglich, da durch die wachsende Anzahl der in das Portal-Access-Management eingebundenen Applikationen im Betrieb Synergien weitergegeben werden konnten.

Erfolgsfaktor Qualität & Sicherheit

Im Jahr 2012 wurde im BRZ das BRZ-CERT (Computer Emergency Response Team) eingerichtet und damit die aktive Abwehrbereitschaft gegen Cyberattacken weiter verbessert. Mit einer 7x24 gewährleisteten Erreichbarkeit in Form einer Rufbereitschaft steht nun ein Sicherheitsexperte jederzeit zur Verfügung, um die notwendigen Maßnahmen zu koordinieren. Die Vorbereitung auf Anlassfälle wurde durch Notfallübungen in allen Leistungsbereichen vorangetrieben, bei der die Effektivität der Notfallpläne überprüft wurde. Im Zuge der Vernetzung mit anderen Sicherheitsorganisationen nahm das BRZ an der Krisenübung des BMI/KSÖ und an der internationalen Cybersecurity-Übung CE.AT2012 erfolgreich teil. Die Kooperation mit A-SIT wurde in mehreren Projekten operationalisiert und das Ergebnis als Grundlage für den Aufbau einer BRZ-Certification-Authority eingesetzt.

Im Qualitätsmanagement wurde der unternehmensweite Prozess „IT-Service entwickeln“, der eine Standardisierung der Methoden bei der Erstellung neuer IT-Services zum Ziel hat, mit der Vorlage des Prozesses abgeschlossen und zur Pilotierung mit Projekten in allen Bereichen freigegeben. Die Umstellung der Prozesse auf eine ergebnisorientierte Struktur wurde fortgesetzt und in mehreren Prozessen damit die Neuausrichtung des Qualitätsmanagementkonzepts vollzogen.

Die Entwicklung der Managementsysteme für Qualität nach ISO 9001 und für Sicherheit nach ISO 27001 wurden in einem kombinierten Audit begutachtet und wiederum positiv bewertet. Für beide Managementsysteme wurde die Zertifizierung bestätigt.

Erfolgsfaktor Kunden- und Serviceorientierung

Kundennutzen und -zufriedenheit sind für das BRZ als Dienstleistungsunternehmen ein zentraler Erfolgsfaktor.

Das BRZ erhebt regelmäßig die Zufriedenheit seiner Kunden anhand standardisierter Abfragen durch ein unabhängiges Marktforschungsinstitut. Schwerpunkte bilden die Themen Serviceangebot, Leistungserbringung und Kundenbetreuung. Die Ergebnisse werden analysiert, anschließend leitet das BRZ kundenspezifische Maßnahmen zur Optimierung der Qualität seiner Leistungen ab, die zur weiteren Steigerung der Kundenzufriedenheit beitragen sollen. 2012 lag der Wert für die allgemeine Zufriedenheit mit dem BRZ bei guten 2,2 (Schulnotensystem). Die Beurteilung der Betriebsstabilität und der Sicherheit wurden weiterhin auf einem hohen Niveau gehalten. Kundenzufriedenheit stellt die Basis für Kundenbindung dar. Der neuerliche Bestwert von 1,2 für die Loyalität unserer Kunden zu unserem Unternehmen belegt eindeutig das Vertrauen in das BRZ.

Erfolgsfaktor Innovation

Das BRZ setzt sich im Rahmen seiner strategischen Initiativen laufend mit Innovationen auf dem IT-Markt auseinander. So sind wir in der Lage, das gewonnene Know-how zeit- und systemgerecht für unsere Kunden aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen. Die BRZ-Schwerpunktt Themen 2012 umfassten erneut die IT-Trends Cloud-Computing, Mobility und Open Government Data. Im jährlichen F&E-Programm werden dazu konkrete Projekte zur Technologieerprobung und -bewertung durchgeführt, die für die E-Government-Systeme von morgen Bedeutung erlangen können.

Cloud-Computing

Der Einsatz von Cloud-Computing bietet der öffentlichen Hand die Möglichkeit, mittels gemeinsamer Nutzung von IT-Ressourcen (Infrastruktur, Plattformen, Software) die Kosteneffizienz zu steigern und IT-Strukturen zu konsolidieren.

Das BRZ hat bereits erfolgreich Cloud-Lösungen entwickelt, belegt durch renommierte Auszeichnungen: Die Plattformen „portal.at“ und „data.gv.at“ wurden mit dem EuroCloud Austria Award 2012 ausgezeichnet, „portal.at“ zusätzlich mit dem EuroCloud Europe Award 2012 in der Kategorie Verwaltung – und damit zur besten Verwaltungs-Cloud-Lösung Europas gekürt.

Open Government Data

Das BRZ realisierte gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Finanzen den Onlinekatalog „data.gv.at“, der es den Bürger/innen und der Wirtschaft ermöglicht, digitale Datensätze der Verwaltung über das Internet zu beziehen. Dieses Pionierprojekt für Open Government Data erreichte beim eAward 2012 in Wien den zweiten Platz.

Mobility

Der Trend, Informationen immer und überall verfügbar zu haben, gewinnt auch in der Verwaltung zunehmend an Bedeutung. Die BRZ GmbH hat daher das auf zwei Jahre ausgerichtete Projekt „Start-Up Mobility“ initiiert. Im Jahr 2012 wurden einige wesentliche Grundsatzfragen für eine Mobility-Strategie behandelt. Es wurde eine Referenzarchitektur für den Einsatz mobiler Geräte definiert, gemeinsam mit A-SIT ein Sicherheitskonzept für die sichere Verwendung der gängigen Mobile-Plattformen erstellt und die Auswahl eines Mobile-Device-Management-Systems vorbereitet. Darüber hinaus wird ein standardisiertes Verfahren für die Bewertung des Einsatzes von mobilen Endgeräten in den Verwaltungsprozessen entwickelt, um unsere Kunden auch über den wirtschaftlichen Nutzen solcher Vorhaben kompetent beraten zu können. Bereits erfolgreich realisierte Projekte sind der Augmented-Reality-Behördenführer als Smartphone-App, eine Zoll-App, die technische Anpassung des Unternehmensserviceportals (USP) für mobile Endgeräte oder der Ausbau des Elektronischen Akts (ELAK) für den mobilen Einsatz.

BRZ – PARTNER DER WIRTSCHAFT

Ein weiteres wichtiges Erfolgskriterium für die Bundesrechenzentrum GmbH sind die strategischen Partnerschaften mit der Privatwirtschaft.

Weit mehr als die Hälfte des Leistungsvolumens der BRZ GmbH wird daher mit einer breiten Streuung und Einbeziehung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) von den Partnern der IT-Wirtschaft zugekauft.

Strategische Kooperationen mit der Privatwirtschaft als wichtiges Erfolgskriterium

570	Wirtschaftspartner erbrachten 2012 Leistungen & Services für das BRZ
142 Mio. Euro	Fremdleistungen aus der Wirtschaft im Jahr 2012 = > 50 % der Gesamtleistung des BRZ
150	Geschäftspartner erzielten jeweils mehr als 50.000 Euro Jahresumsatz
215	Fulltime-Jobs wurden 2012 von externen Partnern zugekauft = 15 % der gesamten Personalleistung des BRZ

PROJEKT-HIGHLIGHTS 2012

E-Finanz Steuer und Zoll (E-Finanz SZ)

Im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen wurden im Jahr 2012 die Entwicklung einer gemeinsamen Grunddatenverwaltung der Steuer- und Zollarwendungen, das Verfahren zollrechtliche Bewilligungen und fünf übergreifende Verbundkomponenten umgesetzt. Mit Abschluss der Release 2b1 des mehrjährigen Programmes E-Finanz SZ unterstützt das Verfahren seit November 2012 die Erfassung und Genehmigung von Bewilligungen für die österreichische Zollverwaltung.

Transparenzdatenbank

Mit der Transparenzdatenbank erhalten die Bürger/innen eine Übersicht ihrer von der öffentlichen Hand bezogenen Geldleistungen. Im Rahmen einer Fördervergabe können diese Informationen gemeinsam mit dem jeweiligen Brutto- und Nettoeinkommen von den Bürger/innen als Nachweis bei der zuständigen Behörde vorgelegt oder von der Behörde selbst im Transparenzportal eingesehen werden. Die Bundesregierung erhält mit dieser Transparenzdatenbank anonymisierte und aggregierte Daten für planerische und steuernde Zwecke. Im Jänner 2012 hat das BRZ im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen einen Leistungsangebotskatalog, der alle staatlichen Förderungen und Beihilfen enthält, umgesetzt. Im Juni 2012 erfolgte der Start für das Übermittlungsverfahren der vergebenen Förderungen durch die Bundesdienststellen.

Haushaltsrechtsreform

Die Haushaltsrechtsreform 2013 hat infolge der Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Anwendung eines neuen Veranschlagungs- und Rechnungssystems des Bundes auch massive Auswirkungen auf das einheitliche System des Haushalts- und Rechnungswesens.

Im Jahr 2012 hat das BRZ im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen die neuen Geschäftsprozesse gemeinsam mit allen Ressorts erfolgreich getestet. Der Aufbau des neuen Produktivsystems erfolgte nach den „Best Practice“-Modellen des Pilot- und Parallelbetriebes. Damit wurden die Voraussetzungen für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und einen erfolgreichen Produktivstart am 01.01.2013 gesetzt.

Im Bereich der Budgetierung wurde nach erfolgreicher Umsetzung der entsprechenden Entwicklungsprojekte, Migration der Datenbestände und Übernahme in den Betrieb, die Budgetunterlagen im Jahr 2012 erstmals mit wirkungsorientierter Haushaltsführung für das Budgetjahr 2013 erstellt. Die Budgetunterlagen umfassen das Bundesfinanzgesetz, den Personalplan zum Bundesfinanzgesetz, die Teilhefte, die Anhänge zu den Teilheften und das Verzeichnis der veranschlagten Konten. Die Stammdatenverwaltung „Budgetstruktur/Kontenplan des Bundes“ wurde mit Daten aus der Migration ebenfalls erstmals produktiv zum Einsatz gebracht.

Unternehmensserviceportal

Das Programm Unternehmensserviceportal (USP) wurde vom BRZ im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen in einer ersten Ausbauphase umgesetzt und im Mai 2012 erfolgreich in Betrieb genommen. Zahlreiche Services werden exklusiv über das USP als zentrale Plattform angeboten, wodurch gesetzliche Vorschriften kurzfristig und sehr kostengünstig integriert werden konnten (z. B. Waffenregister, Lobbyistenregister, eRechnung). In der zweiten Ausbauphase sind viele Erweiterungen für Unternehmen geplant, um durchgängige Meldeprozesse mit einem hohen Automatisierungsgrad elektronisch abwickeln zu können. Damit werden virtuelle Behördenwege zur Realität – sie tragen zur Vereinfachung in der öffentlichen Verwaltung bei und schaffen einen hohen Mehrwert für Unternehmen.

Kontrollsystem Automatenglücksspiel

Mit der Glücksspiel-Gesetzesnovelle 2010 wurde erstmalig festgelegt, dass alle Glücksspielautomaten und Videolotterieterminals verpflichtend an die Bundesrechenzentrum GmbH elektronisch anzubinden sind. Im IT-Programm „Kontrollsystem Automatenglücksspiel“ befassen sich das Bundesministerium für Finanzen (BMF) und das BRZ mit der Umsetzung der Automationsunterstützung der neuen Verwaltungsprozesse. Weiters wird an der Unterstützung der notwendigen Prüfverfahren des BMF punkto Abgaben-

treue, Legalität und Konformität der Glücksspielautomaten und Videolotterieterminals sowie an der Verhinderung von Manipulation sowohl an den Glücksspielautomaten als auch am Übertragungsweg zum zentralen System im BRZ gearbeitet.

Das vom BMF und BRZ in enger Abstimmung mit den Landesbehörden entwickelte Kontrollsystem Automatenglücksspiel steht den Ländern, dem Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel (FAGVG) sowie Bewilligungsinhabern für die Erfassung von Landes-, Standort- und Automatenbewilligungen seit 19.3.2012 zur Verfügung. Der Zugang zum Kontrollsystem Automatenglücksspiel für die Bewilligungsinhaber erfolgt über das Unternehmensserviceportal (USP).

ELAK light Verfassungsgerichtshof

Zur Unterstützung der Arbeitsabläufe im richterlichen Bereich hat der Verfassungsgerichtshof eine durchgängige elektronische Aktenverwaltung eingeführt. Die Bereitstellung der spezifischen Funktionalität „ELAK-Gericht“ durch die ARGE ELAK erfolgte auf Basis einer Produkthanpassung des ELAK light. Mit der Durchgängigkeit der elektronischen Bearbeitung vom Einbringer bis zum Empfänger über die Bereitstellung von Onlineformularen sowie Schnittstellen zur elektronischen Zustellung, zum elektronischen Rechtsverkehr, zum Rechtsinformationssystem und zum Gebührens-service hat der Verfassungsgerichtshof einen Meilenstein in der elektronischen Aktenbearbeitung gesetzt.

Open Data Katalog – data.gv.at

Bürger/innen können seit April 2012 im nationalen Open Data-Katalog www.data.gv.at auf nicht-personenbezogene, maschinenlesbare Daten aller Verwaltungsebenen zugreifen. Ein Mehrwert wurde dabei nicht nur durch die über 120 community-generierten Apps geschaffen, sondern auch durch die Verwaltung selbst: Es wird ein Werkzeug zur Verfügung gestellt, mit dem Transparenzforderungen erfüllt werden können. Der Datenkatalog basiert zu 100 % auf Open-Source-Software und ist für den Austausch mit dem EU-Datenportal im Rahmen der novellierten Public Sector Information-Richtlinie (PSI) gerüstet. Das BRZ wurde vom Bundesministerium für Finanzen und dem Bundeskanzleramt mit der Erstellung des Open Data-Kataloges, der Weiterentwicklung und der technischen Wartung beauftragt.

Kopplung des Elektronischen Rechtsverkehrs mit dem Zustelldienst des BRZ

Das Projekt „Kopplung des Elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) der Justiz mit dem Zustelldienst der BRZ GmbH“ wurde im Auftrag des Bundeskanzleramtes unter Mitwirkung einer Reihe von Ministerien und Organisationen (BKA, BMJ, EGIZ, ÖRAK, ÖNK, Länder, Rechtsanwälte und Notare, Übermittlungsstellen des ERV) in der ersten Jahreshälfte 2012 erfolgreich umgesetzt. Die Kopplung des ERV mit dem Zustelldienst des BRZ verschmilzt diese beiden Dienste in der Form, dass Nutzer des ERV elektronische Sendungen von Verwaltungsbehörden in ihren bereits bestehenden ERV-Postfächern empfangen können. Die bestehenden Prozesse der versendenden Behörden bleiben unangetastet. Mit der Umsetzung des Projekts konnten neue Sender- und Empfängerkreise für die elektronische Zustellung erschlossen und gleichzeitig der Komfort für die Kunden erhöht werden.

Verfahrensdauerstatistik Pflugschaft

Der Bestand der aus dem Data-Warehouse der Justiz generierten Verfahrensdauerstatistiken umfasst die Verfahrensdauerstatistik der streitigen Zivilverfahren und seit 2011 die Verfahrensdauerstatistik Straf. Diese bildet die Dauer der staatsanwaltschaftlichen Verfahren, der Strafverfahren bei Gericht sowie die Gesamt-Verfahrensdauer ab. Im Jahr 2012 hat das BRZ, nach Festlegung der Auswertungskriterien in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Justiz und Vertretern aus der Praxis, die Umsetzung der Verfahrensdauerstatistik im Bereich des Pflugschaftsverfahrens umgesetzt. Dabei werden in Zeitreihen beispielsweise die Dauer von Besuchsrechts-, Obsorge- und Unterhaltsverfahren für jedes Gericht, aber auch aggregiert auf Sprengel und Bund, ausgewiesen. Um Auswirkungen auf die Dauer abschätzen zu können, wird in sämtlichen Verfahrensdauerstatistiken abschließend die Verfahrensdauer von Verfahren mit bestimmten Kriterien (z. B.: Sachverständigen-Beiziehung) näher betrachtet.

Formular- und Dokumenten-Scanning

Seit dem Jahr 2012 werden im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen die Formulare der Arbeitnehmerveranlagungen (Formular „L1“) österreichweit gesammelt und im Scan-Zentrum des BRZ digital erfasst. Für die Nachbearbeitung der Formulare wurden geeignete Workflows und technische Schnittstellen zu den IT-Verfahren der Finanzverwaltung sowie konkrete Handlungsanweisungen für die manuelle Dokumentenbearbeitung definiert.

Im Dezember 2012 erfolgte die Übersiedlung der Wiener Finanzämter in das Finanzzentrum bei Wien Mitte. Dafür entwickelte das BRZ in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen eine eigene Scan-Infrastruktur, um monatlich bis zu eine Million Eingangspostseiten für die Mitarbeiter/innen des Finanzzentrums zu digitalisieren. Bei der Umsetzung erwies sich das spezifische Wissen des BRZ um die technischen und organisatorischen Prozesse als sehr wertvoll.

Beratungsdatenbank

Für das Bundessozialamt hat das BRZ eine zentrale Wissensplattform geschaffen, die in den lokalen Dienststellen des Bundessozialamtes bei der Beratung der Kundinnen und Kunden eingesetzt wird. Die Beratungsdatenbank stellt für das Bundessozialamt einen wesentlichen Schritt zur Realisierung einer bundesweit einheitlichen Beratung dar. Im September 2011 konnte die Beratungsdatenbank erstmals online genutzt werden. Seitdem wird sie im laufenden Betrieb kontinuierlich technisch und inhaltlich weiterentwickelt. Ein Höhepunkt im noch recht jungen Lebenszyklus der Beratungsdatenbank war 2012 die Nominierung zur Teilnahme am Finale des eAwards im Bundesland Wien.

Pro-FIT

Die erste Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung ist das Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen (BSB), oft als Bundessozialamt bezeichnet. Hier wird eine Vielzahl von gesetzlichen Sozialleistungen (z. B. für Opfer aus Verbrechen) auf Antrag ausbezahlt. Die neue, zentral gesteuerte Struktur des BSB und der technologische Fortschritt bedingen eine grundlegende Erneuerung der gesamten IT-Lösungen, sowohl inhaltlich als auch technologisch. Ziele des Programms Pro-FIT sind die Erhöhung der Benutzerfreundlichkeit, eine Verbesserung in der Servicequalität für die Kunden und eine Steigerung der Effizienz im Personaleinsatz. Das BRZ begleitet dieses umfassende Programm mit der Umsetzung der entsprechenden IT-Projekte.

Lobbying- und Interessenvertretungsregister

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Justiz hat das BRZ eine Anwendung zur Registrierung, Verwaltung und Veröffentlichung von Lobbying-Unternehmen und deren Aufträgen, Unternehmen die Unternehmenslobbyistinnen und Unternehmenslobbyisten beschäftigen, von Selbstverwaltungskörpern sowie von Interessenverbänden, umgesetzt.

Die Unternehmen erstellen ihre Anträge für die Eintragung in das Lobbying- und Interessenvertretungsregister über eine in das Unternehmensserviceportal integrierte Webanwendung. Die Fachabteilung im Bundesministerium für Justiz prüft die erfassten Daten und gibt jene Bereiche, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, frei. Die für die Eintragung anfallenden, je Registerabteilung unterschiedlichen Kosten werden mittels automatisiertem Gebühreneinzug eingehoben. Auf der Website www.lobbyreg.justiz.gv.at kann das Register öffentlich und kostenfrei eingesehen werden.

BRZ-MEILENSTEINE: PROJEKTE & AUSZEICHNUNGEN

- 1997** Corporate Network Austria (CNA)
HELP.gv.at
- 1998** FinanzOnline
Haushalts- & Rechnungswesen im Bund (SAP/3)
Ministeriendatenbank (MDB)
Integrierte Vollzugsverwaltung
- 1999** Projektpreis der Hochschule Speyer für herausragende Verwaltungsprojekte (HELP.gv.at)
Das BRZ-Parallelrechenzentrum geht in Betrieb
Zollrecht Online
Bundesweit verfügbares Führerscheinregister
- 2000** 1. Platz beim „Amtsmanager 2000“ (Insolvenzdatei)
Wahl zu einem der innovativsten IT-Projekte der Welt beim Stockholm Challenge Award (HELP.gv.at)
Zertifizierung als SAP Customer Center of Excellence (CCoE)
Ediktsdatei
- 2001** Schulbuchaktion Online
Relaunch der Verfahrensautomation Justiz
Anwendung zur Volkszählung (GSG-2001)
- 2002** Automatisierter Zahlungsverkehr des Bundes (EDIFACT V3)
Fundamt Online
Verwaltung der Studienbeiträge (STUBEI)
Gründung der 100 %-Tochter „Bundesrechenzentrum IT-Solutions GmbH“ (BIT-S)
Konsortiumsvertrag BRZ/BIT-S zur Teilnahme an der ELAK-Ausschreibung des Bundes
- 2003** Drei internationale Auszeichnungen für HELP.gv.at
Zentrales Gewerberegister
Erste Twinning-Projekte: Unterstützung von CEE-Staaten beim Auf- und Ausbau von E-Government
Zuschlag für das Projekt „Elektronischer Akt im Bund“ (ELAK)
Gründung der ARGE ELAK als Teil der BRZ-Gruppe
- 2004** Personalmanagement des Bundes (PM-SAP)
Personalmanagement der Universitäten (Uni.Pers)
Rechnungswesen der Universitäten (Uni-Verse)
- 2005** 2. Platz für Österreich im europäischen E-Government-Ranking
2. Platz in der Kategorie „Beste Homepage mit juristischem Kontext der öffentlichen Hand“ beim Justitia Award (HELP.gv.at)
Zertifizierung der Sicherheitsrichtlinie ÖNORM A 7799
Partizipatives E-Government für Jugendliche (e-generation.at)
Gerichtssachverständigen- & Gerichtsdolmetscher-Liste (SDG-Liste)
Digitaler Tacho
Archiv-Services

- 2006** 1. Platz für Österreich im europäischen E-Government-Ranking
Project Excellence Award der IPMA (BRZ CRM-System)
1. Platz beim Red Arrow Award der „Future Business Austria“ (Plattform „Digitales Österreich“)
Zertifizierung der Sicherheitsrichtlinie ISO 27001
Sicherheitspass mit digitaler Signatur
Scheckkarten-Führerschein
- 2007** Gründung der „Europäischen Allianz der Verwaltungs-IT-Dienstleister“
Elektronische Rechnungslegung (E-Billing)
- 2008** Amtssignatur-Service
BMF-Mitarbeiterportal, E-Office, E-Scan
Landeslehrer-Pensionskonto
BMF Planungs-, Budgetierungs- und Controlling-Tool (PBCT)
Neue SAP-Serverlandschaft (SAP Infra 2010)
- 2009** European E-Government Award 2009 (EU-Mahnverfahren der Justiz)
ebiz-E-Government Award 2009 (E-Voting bei den ÖH-Wahlen 2009)
Elektronisches Zustellservice & Akkreditierung
Elektronischer Akt im Bund (ELAK light)
Reisepass mit biometrischem Fingerabdruck
Unternehmensserviceportal
Gesundheitsportal
- 2010** Haushaltsrechtsreform 2. Etappe
Vorstudie Transparenzdatenbank
Elektronisch integrierte Assistenz für Staatsanwälte
Elektronische Amtssignatur
Gesundheitsdiensteanbieter-Index in der ELGA
Trust-Center Scheckkartenführerschein
- 2011** SAP Innovation Award (Mobility)
E-Finanz Steuer und Zoll
Automatenglücksspiel
Zentrales Waffenregister
Grundbuchdatenbank Neu
Elektronische Strafakte
E-Pass für Liechtenstein
myHelp.gv.at
- 2012** 1. Platz und 3. Platz beim EuroCloud.Austria Award für „portal.at“ und „data.gv.at“
1. Platz beim EuroCloud Europe Award für portal.at
„Green Award“ beim eAward
Unternehmensserviceportal
Bundes-Content-Management-System – E-Government-Portal-Services
Elektronischer Rechtsverkehr mit Zustellservice gekoppelt
Peppol (Pan European Public Procurement Online)



2012

KONZERNLAGEBERICHT

KONZERNLAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

I. DAS UMFELD DER BRZ GMBH

Die Konsolidierung des Budgets und nachhaltige Strukturreformen sind seit Jahren Eckpfeiler des nationalen Stabilitätsprogrammes der Bundesregierung. Die BRZ GmbH war und ist als zentraler Shared-IT-Service-Provider des Bundes immer direkt gefordert und leistet ihre Beiträge durch innovative Services, steigende Produktivität und sinkende Preise.

Nun steht die Strategie der Bundesregierung für den Zeitraum 2012-2016 unter dem Motto „Strukturelle Konsolidierung und Reformen“. Analog zur wirkungsorientierten Haushaltsführung mit einem kaufmännischen (doppischen) Rechnungswesen im Bund zur integrierten Steuerung von Ressourcen und Leistungen wurde auch im E-Government ein völlig neuer Weg beschritten: eine Konsolidierung von E-Government-Services durch konkrete gesetzliche Maßnahmen im IKT-Konsolidierungsgesetz (IKTKonG).

Standardisierung ermöglicht positive Skalenerträge und Kostenvorteile, inhomogene Systemlandschaften erschweren Standardisierung. Die Inhomogenität der IT-Systeme ist ein ständig wiederkehrender Kostenfaktor. Einerseits verlangt die Wirtschaftlichkeit eine vollständige Amortisation und möglichst lange Nutzung der vorhandenen Infrastruktur, andererseits ist es ein Ziel von E-Government, die Modernisierungschancen neuer innovativer Produkte möglichst kurzfristig für Verwaltung, Bürger und Wirtschaft nutzbar zu machen. Um die IT-Systeme auf dem aktuellen State of the Art zu halten, sind regelmäßige, gezielte Technologie-Migrationsprojekte notwendig.

Die Bündelung der Nachfrage allein brachte zwar eine Verbesserung durch eine verringerte Vielfalt der eingesetzten Produkte, aber nicht die Generallösung. Ein gemeinsamer Einkauf ist eine wichtige Basis, die Standardisierung muss aber weit darüber hinaus reichen und die gesamte E-Government-Service-Architektur umfassen.

Bisher wurde eine Vereinheitlichung der Verfahren und der IKT-Lösungen entweder durch gesetzliche Zuordnung auf ein Lead-Ressort im Sinne von Finanzierung und Beauftragung hergestellt (Haushaltsverrechnung, Personalmanagement, Firmenbuch) oder durch Kooperation der Auftraggeber (ELAK im Bund) und in den letzten Jahren vermehrt durch den Shared-Services-Ansatz erreicht.

Neu ist am IKTKonG, dass Basisdienste standardisiert werden, die für viele Fachanwendungen vorgeschaltet oder nachgelagert sind, und die so eine einheitliche E-Government-Service-Infrastruktur bilden. Dieser Ansatz ist nicht auf die Standardisierung in der Beschaffung der IT-Infrastruktur-Komponenten Hardware und Software gerichtet, sondern auf die IT-Services. Damit kommen die Vorteile unmittelbar den Nutzern zugute, beispielsweise ein vereinfachter Zugang durch einheitliche Access-, Input- und Output-Services. Standardisierte E-Government-Basis-Services ermöglichen auch eine deutlich höhere Effizienz im Betrieb, die durchgängige Vernetzung der Services und die Verringerung von Redundanzen und potenziellen Schwachstellen. Ebenso neu ist der Ansatz, nicht nur die Beschaffung von standardisierten IT-Gütern, sondern die Standardisierung des E-Government selbst zum Gegenstand eines eigenen Bundesgesetzes und ganz konkreter Verordnungen zu machen.

Die österreichische Bundesverwaltung geht hier voran und beschreitet neue Wege mit gesetzlicher Service-Standardisierung. Die BRZ GmbH ist per Gesetz im Falle der Marktkonformität als IT-Dienstleister eingesetzt. Das ist eine neue und nachhaltige Erweiterung des BRZ-Umfelds.

Die BRZ GmbH ist nun in dreifacher Weise ein Faktor und Motor der Standardisierung der IKT des Bundes, als gesetzlicher Betreiber einheitlicher IKT-Verfahren, als Service-Delivery-Portal für Shared-IT-Services des Bundes und als prioritärer Dienstleister für die Basisdienste gemäß IKTKonG. Dabei sind Service-Innovationen, Effizienz und Kostensenkungen weiterhin Beiträge zum Stabilitätsprogramm der Kunden. Hinzu kommen nachhaltige Effekte auf die strukturelle Konsolidierung der IKT-Systemlandschaft und des E-Government-Service-Portfolios des Bundes.

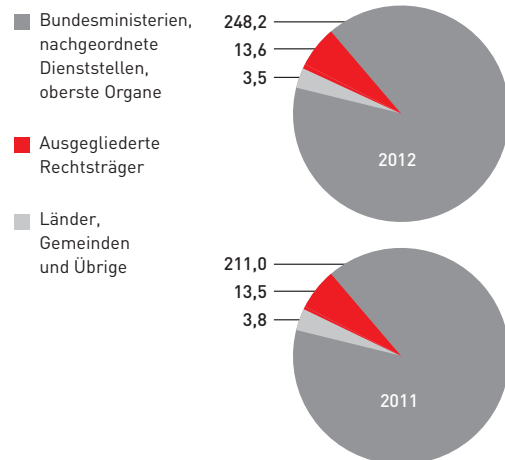
II. GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE DES UNTERNEHMENS 2012

Ertragslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lagen die Umsatzerlöse in Höhe von 265,3 Mio. € um 16,2 % über dem Vorjahreswert. Die Ursache für diesen Umsatzzuwachs lag vor allem darin begründet, dass im Geschäftsjahr Großprojekte in Bundeskundenumfeld, die bereits in Vorjahren begonnen worden waren, abgeschlossen wurden oder nach Erreichung vereinbarter Milestones teilabgerechnet wurden.

Der Umsatz der Bundesministerien, nachgeordneten Dienststellen und obersten Organe betrug 2012 248,2 Mio. € und lag somit um 17,6 % über dem Vorjahreswert. Hauptkunden in diesem Segment sind das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Justiz sowie das Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Die Gruppe der ausgegliederten Rechtsträger (13,6 Mio. €) enthält im Wesentlichen die Universitäten, das Arbeitsmarktservice sowie die Buchhaltungsagentur des Bundes.

Umsatzanteile nach Kundensegmenten, in Mio. €



Die Gewinn- und Verlustrechnung der BRZ-Gruppe zeigt für die Jahre 2011 und 2012 folgendes Bild:

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012	2011	Umsatzanteil
	Mio. €	Mio. €	2012 in %
Umsatzerlöse	265,3	228,3	
Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen	9,7	9,3	3,6 %
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,4	0,0	0,1 %
Sonstige betriebliche Erträge	1,6	3,7	0,6 %
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-90,1	-71,1	34,0 %
Personalaufwand	-101,7	-94,8	38,3 %
Abschreibungen	-28,7	-22,9	10,8 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-53,4	-48,9	20,1 %
EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern)	3,1	3,6	1,2 %
Finanzerfolg	0,1	0,4	0,0 %
EGT (Ergebnis vor Steuern)	3,2	3,9	1,2 %
Steuern vom Einkommen	-0,8	-0,4	0,3 %
Jahresüberschuss	2,5	3,5	0,9 %

Der Materialaufwand in Höhe von 1,8 Mio. € und die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 88,4 Mio. € hatten einen Anteil von 34,0 % am Gesamtumsatz. Darin enthalten sind im Wesentlichen Aufwendungen für Portogebühren und externe Personalressourcen. Der Anstieg dieser Aufwendungen resultiert vor allem aus dem Zukauf externer Dienstleistungen im Rahmen von Kundenprojekten.

Der Personalaufwand betrug 101,7 Mio. € und stieg somit um 7,2 % gegenüber dem Vorjahrswert. Dieser Anstieg spiegelt unter anderem den gegenüber dem Vorjahr erhöhten Personalstand des abgelaufenen Geschäftsjahres wider. So lag der durchschnittliche betriebswirtschaftliche Personalstand 2012 mit 1.207 Angestellten (Vollbeschäftigtenäquivalente) über dem Personalstand des Vorjahres (1.175 Vollbeschäftigtenäquivalente).

Die Abschreibungen auf das Sachanlage- und immaterielle Vermögen beliefen sich auf 28,7 Mio. € und sind gegenüber 2011 um 25,1 % gestiegen. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf die massiven Investitionen in Software (Lizenzen) im Rahmen laufender Projekte im Bund sowie auf notwendige Technologieablösen im Hardwarebereich zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 53,4 Mio. € und lagen um 9,2 % über dem Vorjahrswert. Hauptursachen für diesen Anstieg waren Wartungsverträge, die im Zusammenhang mit Software- und Hardwareinvestitionen abgeschlossen wurden, sowie ein Anstieg der leistungsabhängigen Lizenzgebühren im Mainframe-Bereich.

Das Ergebnis vor Steuern von 3,2 Mio. € setzt sich aus dem EBIT in Höhe von 3,1 Mio. € und dem Finanzergebnis von 0,1 Mio. € zusammen. Nach Abzug von 0,8 Mio. € Ertragsteuern ergibt sich ein Jahresüberschuss von 2,5 Mio. €.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der BRZ-Gruppe zum 31. Dezember 2012 betrug 182,3 Mio. € und lag damit um 8,8 % über dem Vergleichswert des Vorjahres (167,6 Mio. €).

Das langfristige Vermögen (39,4 % der Bilanzsumme) umfasst im Wesentlichen das gesamte Anlagevermögen der BRZ-Gruppe.

60,6 % der Bilanzsumme betreffen das kurzfristige Vermögen. Die größten Posten innerhalb dieser Position waren mit 49,2 Mio. € liquide Mittel, mit 36,6 Mio. € noch nicht abrechenbare Leistungen und mit 12,1 Mio. € Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.

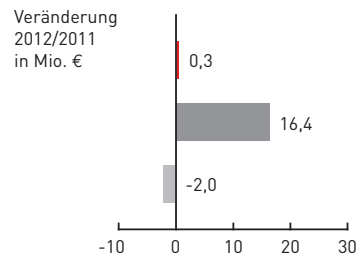
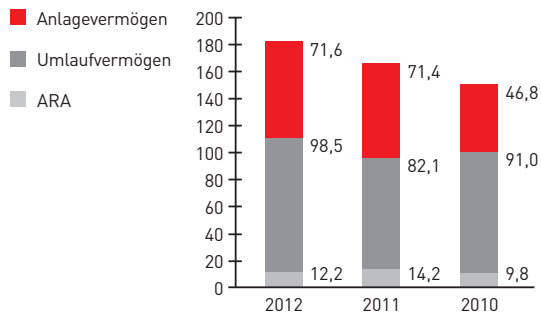
Passivseitig setzt sich die Bilanzsumme mit einem Anteil von 36,4 % aus Eigenkapital und langfristigen Verbindlichkeiten und zu 63,6 % aus kurzfristigen Verbindlichkeiten zusammen.

Die langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 19,9 Mio. € umfassen hauptsächlich Rückstellungen für Abfertigungen in Höhe von 14,2 Mio. € und Jubiläumsgelder in Höhe von 5,7 Mio. €.

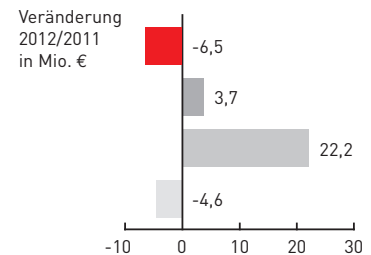
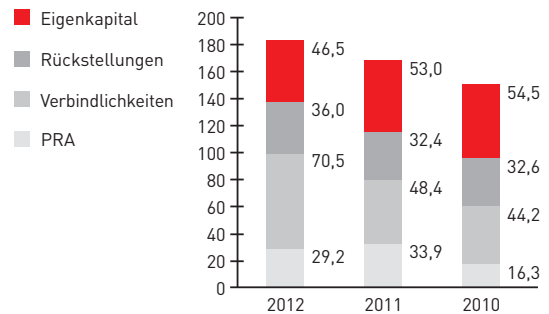
Die kurzfristigen Verbindlichkeiten resultieren vorwiegend aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Eigenkapitalquote lag mit 25,5 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres (2011: 31,6 %).

Struktur der Aktiva



Struktur der Passiva



Kennzahlen gemäß URG

Die fiktive Schuldentilgungsdauer gem. § 24 URG betrug 1,8 Jahre. Der Vergleichswert des Vorjahres betrug 1,3 Jahre. Die BRZ-Gruppe wies zum 31. Dezember 2012 einen Finanzmittelbestand von 49,2 Mio. € aus.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden von der Gesellschaft keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt. Die in der Bilanz ausgewiesenen Finanzinstrumente sind Gegenstand des allgemeinen Risikomanagements der Gesellschaft, welches in den Buchhaltungs- und Bilanzierungsmethoden seinen Niederschlag findet. Außer den bereits im Jahresabschluss und im Anhang adressierten Risiken bestehen keine weiteren Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und Cashflow-Risiken.

Cashflow

	2012 Mio. €	2011 Mio. €
Cashflow aus dem Ergebnis	32,4	27,6
+/- Veränderungen am Nettoumlaufvermögen	10,8	7,0
= Cashflow aus der Geschäftstätigkeit	43,2	34,6
+/- Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-28,7	-47,4
+/- Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-9,0	-5,0
= Veränderung des Finanzmittelbestandes	5,4	-17,9

III. BESONDERE VORGÄNGE NACH ABSCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

Es gab nach Abschluss des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge.

IV. ZWEIGNIEDERLASSUNGEN

Die Gesellschaft hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Zweigniederlassungen.

V. RISIKO- UND CHANCENMANAGEMENT

Das Kernstück des Enterprise-Risk-Management-Systems ist der zertifizierte Risikomanagementprozess. Er legt fest, wie das permanente Risikomanagementteam die Hauptrisiken behandelt und überwacht.

2012 haben 12 Risiko-Officer über 100 Risiken und Chancen erfasst und quartalsweise bearbeitet. Davon wurden 10 als Risiken im roten Bereich, der höchsten Risikoklasse, bewertet, gesondert mit Maßnahmen behandelt und berichtet, ebenso 7 Chancen. Dabei sind neben der Risikobewertung Status und Wirkung der Maßnahmen zur Risikobehandlung ganz wesentlich. In gleicher Weise wurden Chancen überwacht und berichtet.

Seit 2012 gilt eine erweiterte Berichtspflicht für das Risikomanagement:

- Die eine Berichtslinie ist eine Verpflichtung für Kapitalgesellschaften, gleichermaßen im öffentlichen wie im privaten Sektor. Der Bericht geht an die Geschäftsführung, die an den Aufsichtsrat berichtet.
- Die andere Berichtslinie ist eine Verpflichtung für Unternehmen mit Beteiligung des Bundes. Die Quartalsberichte zum Beteiligungs- und Finanzcontrolling umfassen auch einen Risikocontrolling-Bericht.

Einige wesentliche Risikofelder und deren Behandlung sind:

Markt- und Auftragsrisiko

Die voraussichtlichen Kürzungen der IT-Budgets der Ressorts bis zu 35 % bis 2016 zwingen die BRZ-Kunden zu Einsparungen, was einerseits ein Risiko für die Entwicklung der Auftragslage darstellt, aber andererseits eine Reihe von Chancen eröffnet, proaktiv den Kunden innovative Lösungen zur Unterstützung ihrer Zielerreichung anzubieten.

Betriebsrisiko

Die Ausfallsicherheit der IT-Systeme und die Qualität und Kontinuität der IT-Services, die eine wesentliche Basis des Geschäftserfolges sind, werden mit dem IT-Service-Management methodisch und nachhaltig abgesichert und weiterentwickelt.

Personalrisiko

Den Personalrisiken für das Recruiting (Fachkräftemangel am Arbeitsmarkt) und für die Kapazitätsauslastung (voraussichtliche Reduktionen des IT-Budgets der Bundeskunden) wird mit einer Zukaufstrategie vor allem für marktgängige Skills begegnet. Damit wird ein Kapazitätspuffer für Auftragschwankungen geschaffen.

Finanzwirtschaftliches Risiko

Die Finanzstrategie der BRZ-Gruppe beruht auf dem Kostendeckungsprinzip in der Budgetplanung.

Veranlagungen erfolgen gestreut, ausschließlich im Rahmen eines durch den Aufsichtsrat genehmigten Bankportfolios. Es wird nur die frei verfügbare Liquidität entweder in Form von kurzfristigen Termineinlagen oder auf täglich fälligen Konten veranlagt. Es werden keine Derivate oder ähnliche Finanzinstrumente eingesetzt.

Es gibt kein Fremdwährungsrisiko, da das Vertragsvolumen außerhalb des Euro verschwindend gering ist.

VI. FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND INNOVATION

Der Schwerpunkt des F&E-Jahresprogrammes der BRZ GmbH lag wieder auf Entwicklung und Innovation:

- Entwicklung von Betriebsoptimierungen, Standardisierung von Werkzeugen und Prozessen, Optimierung der proaktiven Sicherheit.
- Innovation neuer Produkte durch den Einsatz von Basisdiensten, Modernisierung von bestehenden Applikationen.

Dafür waren 2012 rund 0,5 Prozent des Planumsatzes vorgesehen.

In der Betriebsoptimierung standen die strategischen Schwerpunkte Stabilität des Betriebes von IT-Services und Standardisierung im Mittelpunkt.

VII. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ende 2012 lag der Personalstand mit 1.209 Vollbeschäftigtenäquivalenten über dem Stand des Vorjahres (1.193 Vollbeschäftigtenäquivalente). Das Durchschnittsalter betrug 40,9 Jahre, der Frauenanteil 23,6 %, der Anteil der Führungskräfte 9,2 %.

Die Personalstrategie der BRZ GmbH ist auf Flexibilität und Nachhaltigkeit ausgerichtet: Die Kompetenzen der Mitarbeiter werden in Richtung zukünftiger strategischer Schwerpunkte ausgebaut.

Im Jahr 2012 fanden umfangreiche Umschulungsmaßnahmen im Zusammenhang mit geplanten Technologiemigrationen statt, in deren Rahmen Mitarbeiter in neue, zukunftssträchtige Technologien eingeschult wurden.

Green-IT und Umweltbelange: Energie- und ressourcenbewusste IT-Dienstleistung

Die thermische Fassadensanierung des Hauptgebäudes, das Projekt Free-Cooling (Nutzung der Winterkälte anstatt der Kältemaschinen) und die Modernisierung der Kühlung in den Systemräumen bringen bereits seit 2010 eine deutliche Reduktion des Energieverbrauches. Der Wert von 352 t /CO₂ p. a. wurde durch das Lebensministerium (BMLFUW) bestätigt.

Der Auftrag des Finanzministers an die BRZ GmbH, das grünste Rechenzentrum Österreichs zu werden, wurde in einen Masterplan mit Maßnahmen gefasst, mit denen bis 2012 auf Basis der 2009er Verbrauchsstruktur 25 % des Strombedarfs nachhaltig eingespart wurden.

Im Rahmen der Teilnahme der BRZ GmbH am ÖkoBusinessPlan der Stadt Wien wurden Einsparungspotenziale sowohl im Rechenzentrum als auch an den Arbeitsplätzen analysiert und eine Reihe von konkreten Lösungen entwickelt. Die 2012 weiter erfolgreich durchgeführten Maßnahmen ermöglichen nachhaltige jährliche Einsparungen ab dem Jahr 2012:

- Energieeinsparungen von 4,4 GWh Fernwärme
- Energieeinsparungen von 5,5 GWh Strom
- Kosteneinsparungen über 1 Mio. €
- CO₂ Reduktion über 1.100 Tonnen

VIII. AUSBLICK AUF 2013

Die Preise der IT-Services des BRZ sind auch für 2013 wieder gesenkt worden.

Die Qualität wird durch den weiteren Ausbau der Service-Level-Agreements und des IT-Service-Management-Programms verbreitert und verankert.

Dem zu erwartenden neuerlich restriktiven Budgetkurs der Bundeskunden wird die BRZ GmbH durch weitere Standardisierungen und Konsolidierungen und den damit einhergehenden Kosteneffizienzsteigerungen begeben.

Ein anderes strategisches Ziel, die fortlaufende Realisierung des Green-IT-Masterplanes, soll weitere Kosteneffekte auf den Ressourceneinsatz erbringen.

Die aktuelle Geschäftsentwicklung im 1. Quartal 2013 verläuft auf dem geplanten Niveau. Auf dieser Grundlage geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Geschäftsziele 2013 in vollem Umfang erreicht werden können.

Wien, am 28. Februar 2013
Bundesrechenzentrum GmbH

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

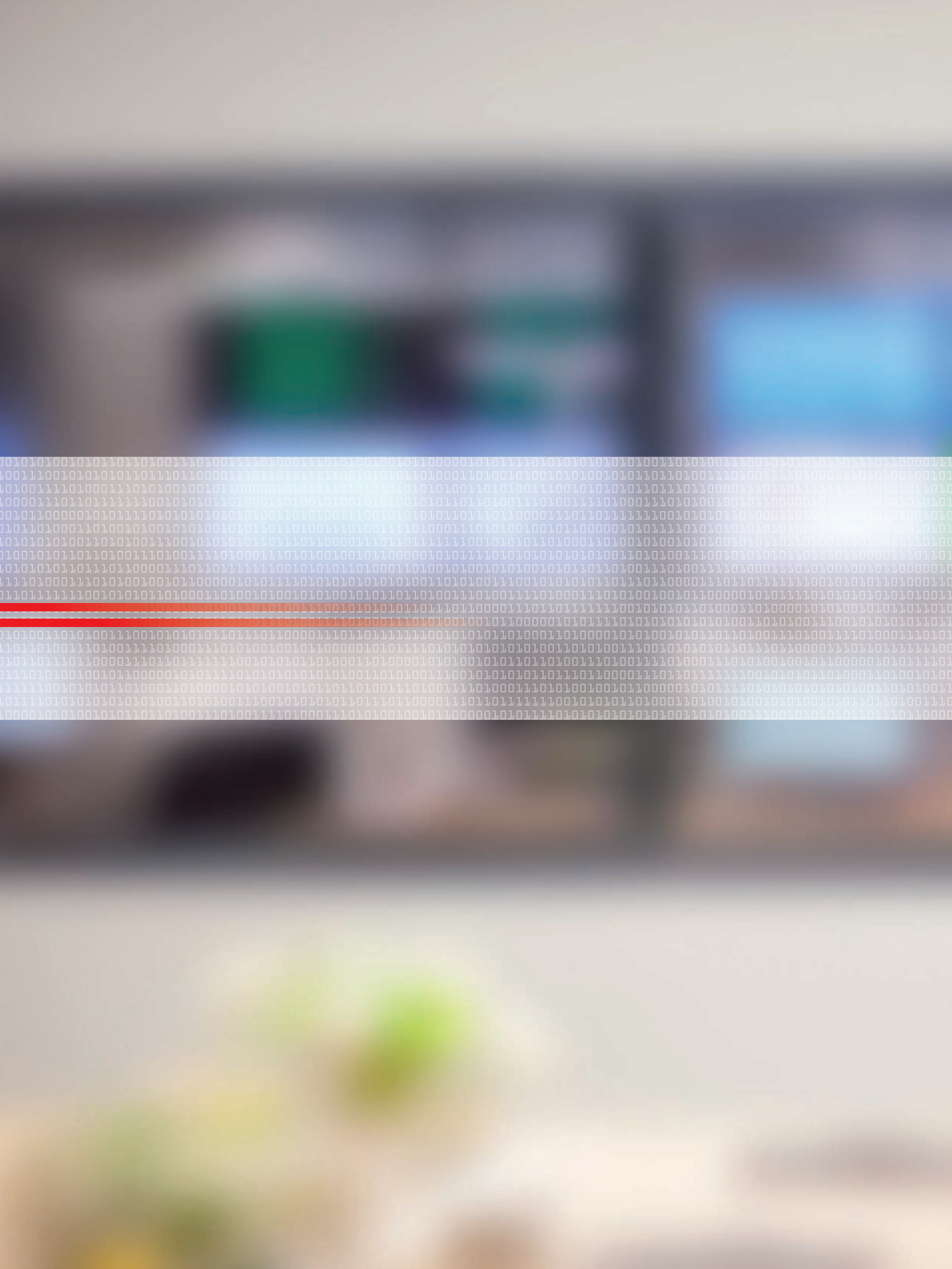
Zur Vereinfachung und leichteren Lesbarkeit wurde zumeist die männliche Schreibweise gewählt, gemeint sind selbstverständlich immer gleichwertig beide Geschlechter.



DI Roland Jabkowski, MBA
Geschäftsführer



Mag.ª Christine Sumper-Billinger
Geschäftsführerin





2012

KONZERNABSCHLUSS

KONZERNABSCHLUSS

KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

Aktiva		
	31.12.2012	31.12.2011
	€	T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Software	28.362.082,86	33.152
II. Sachanlagen		
1. Investitionen in gemieteten Objekten	7.523.889,76	6.547
2. Technische Anlagen und Maschinen	34.370.529,11	29.934
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.035.828,71	1.128
4. Geleistete Anzahlungen	<u>137.251,52</u>	<u>419</u>
	43.067.499,10	38.029
III. Finanzanlagen		
1. Sonstige Ausleihungen	<u>219.924,37</u>	<u>216</u>
	71.649.506,33	71.398
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	517.602,42	451
2. Noch nicht abrechenbare Leistungen	<u>36.628.842,87</u>	<u>26.977</u>
	37.146.445,29	27.429
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.704.110,45	10.195
2. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	<u>367.580,74</u>	<u>629</u>
	12.071.691,19	10.823
III. Guthaben bei Kreditinstituten		
	<u>49.246.902,22</u>	<u>43.810</u>
	98.465.038,70	82.062
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
	<u>12.224.995,09</u>	<u>14.178</u>
	<u>182.339.540,12</u>	<u>167.638</u>

		Passiva	
		31.12.2012	31.12.2011
		€	T€
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital		2.180.200,00	2.180
II. Kapitalrücklagen		21.158.389,27	21.158
III. Gewinnrücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage	218.020,00		218
2. Andere (freie) Rücklage	<u>19.548.689,75</u>		<u>20.445</u>
		19.766.709,75	20.663
IV. Bilanzgewinn		3.404.156,56	9.038
Davon Vortrag aus dem Vorjahr	38.215,48		
Vorjahr in T€	163		
		<u>46.509.455,58</u>	<u>53.040</u>
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Abfertigungen		14.226.449,00	13.291
2. Steuerrückstellungen		785.239,00	147
3. Sonstige Rückstellungen		<u>21.025.128,41</u>	<u>18.912</u>
		36.036.816,41	32.350
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		3,79	0
2. Erhaltene Anzahlungen		45.216.961,09	23.228
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		19.110.658,92	19.727
4. Sonstige Verbindlichkeiten		6.222.005,41	5.410
Davon aus Steuern	2.416.602,01		
Vorjahr in T€	1.560		
Davon im Rahmen der soz. Sicherheit	2.200.010,43		
Vorjahr in T€	2.097		
		<u>70.549.629,21</u>	<u>48.364</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten		29.243.638,92	33.884
		<u>182.339.540,12</u>	<u>167.638</u>
Eventualverbindlichkeiten		0,00	144

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012
1-12/2011

	€	€	T€
1. Umsatzerlöse		265.317.309,56	228.296
2. Veränderung des Bestandes an noch nicht verrechenbaren Leistungen		9.651.494,99	9.324
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		363.063,56	0
4. Sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	275.399,78		496
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	401.108,35		1.811
c) Übrige	938.965,03		1.375
		1.615.473,16	3.682
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen			
a) Materialaufwand	-1.764.553,76		-2.075
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-88.358.305,02		-68.990
		-90.122.858,78	-71.065
6. Personalaufwand			
a) Gehälter	-78.512.306,56		-73.175
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-2.109.669,43		-1.969
c) Aufwendungen für Altersversorgung	-1.102.496,30		-1.031
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-19.528.272,99		-18.297
e) Sonstige Sozialaufwendungen	-398.978,72		-374
		-101.651.724,00	-94.845
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-28.653.467,25	-22.904
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen fallen	-4.200,55		-9
b) Übrige	-53.421.418,00		-48.905
		-53.425.618,55	-48.914
9. Zwischensumme aus Z 1 bis 8 (Betriebserfolg)		3.093.672,69	3.574
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		160.110,86	412
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-29.946,34	-54
12. Zwischensumme aus Z 10 bis 11 (Finanzerfolg)		130.164,52	358
13. Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.223.837,21	3.932
14. Steuern vom Einkommen		-753.920,65	-382
15. Jahresüberschuss		2.469.916,56	3.550
16. Auflösung von Gewinnrücklagen		934.240,00	5.488
17. Zuweisung zu Gewinnrücklagen		-38.215,48	-163
18. Jahresgewinn		3.365.941,08	8.875
19. Vortrag aus dem Vorjahr		38.215,48	163
20. Bilanzgewinn		3.404.156,56	9.038

Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2012

	2012 €	2011 €
Jahresüberschuss	2.469.916,56	3.549.957,11
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	28.653.467,25	22.903.612,79
Gewinne aus dem Abgang von Anlagevermögen	-275.399,78	-495.714,36
Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	88.329,43	178.948,17
Veränderung langfristiger Rückstellungen	1.448.197,00	1.427.500,00
Cashflow aus dem Ergebnis	32.384.510,46	27.564.303,71
Veränderung von Vorräten und aktiver Rechnungsabgrenzung	-7.764.897,09	-13.674.379,15
Veränderung von erhaltenen Anzahlungen und passiver Rechnungsabgrenzung	17.349.053,92	19.023.409,20
Veränderung von Forderungen L + L und sonstigen Forderungen	-1.248.391,11	387.395,38
Veränderung Verbindlichkeiten L + L und sonstigen Verbindlichkeiten	196.451,36	2.733.620,49
Veränderung von kurzfristigen Rückstellungen	2.238.178,31	-1.456.192,90
Veränderung Nettoumlaufvermögen	10.770.395,39	7.013.853,02
Cashflow aus dem operativen Bereich	43.154.905,85	34.578.156,73
Investitionen ins Anlagevermögen	-29.131.008,34	-47.992.324,52
Cashflow aus dem Abgang von Anlagevermögen	412.808,78	560.510,20
Cashflow aus Investitionstätigkeiten	-28.718.199,56	-47.431.814,32
Ausschüttung an Gesellschafter	-9.000.000,00	-5.000.000,00
Cashflow aus Finanzierungsaktivitäten	-9.000.000,00	-5.000.000,00
Veränderung der liquiden Mittel	5.436.706,29	-17.853.657,59
Anfangsbestand der liquiden Mittel	43.810.195,93	61.663.853,52
Endbestand der liquiden Mittel	49.246.902,22	43.810.195,93

DARSTELLUNG DER KOMPONENTEN DES EIGENKAPITALS

Entwicklung für das Geschäftsjahr 2012

	Stamm- kapital	Kapital- rücklagen	Gewinn- rücklagen	Bilanz- gewinn	Gesamt
Stand am 31.12.2011	2.180.200,00	21.158.389,27	20.662.734,27	9.038.215,48	53.039.539,02
Auflösung von Gewinnrücklagen	0,00	0,00	-934.240,00	934.240,00	0,00
Zuweisung zu Gewinnrücklagen	0,00	0,00	38.215,48	-38.215,48	0,00
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	2.469.916,56	2.469.916,56
Dividendenausschüttung	0,00	0,00	0,00	-9.000.000,00	-9.000.000,00
Stand am 31.12.2012	2.180.200,00	21.158.389,27	19.766.709,75	3.404.156,56	46.509.455,58





2012

KONZERNANHANG

KONZERNANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

I. RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Positionen des Jahresabschlusses wurden nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches in der geltenden Fassung vorgenommen.

II. KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

Allgemeines

Der Konzernabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde den allgemein anerkannten Grundsätzen Rechnung getragen. Insbesondere wurden das Unternehmensfortführungs-, das Vorsichts-, das imparitätische Realisationsprinzip sowie die Grundsätze der Einzelbewertung, Vollständigkeit und Willkürfreiheit beachtet.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Positionen des Konzernabschlusses wurden nach den allgemeinen Bestimmungen der §§ 193 ff. UGB unter Anwendung der Sondervorschriften für Kapitalgesellschaften der §§ 221 bis 243 UGB sowie den Vorschriften über den Konzernabschluss der §§ 244 bis 266 UGB vorgenommen. Die Gliederung der Konzernbilanz und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung folgen den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere den §§ 224 und 231 UGB. Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Die bei der Erstellung des Vorjahresabschlusses angewandten Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich beibehalten.

Der Bilanzstichtag ist bei allen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen der 31. Dezember. Die Abschlüsse aller Tochterunternehmen sind auf Basis konzerneinheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze erstellt.

Konsolidierungsmethoden

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode. Alle in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften stehen im 100%igen Eigentum des Konzerns.

Alle Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, andere Erträge und Aufwendungen zwischen den Unternehmen des Konzerns wurden eliminiert. Zwischengewinne werden gegebenenfalls eliminiert.

Alle in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften sind inländische Gesellschaften.

Bei der Erstkonsolidierung zum 1.1.2003 entstand ein aktiver Unterschiedsbetrag in Höhe von 73,4 T€. Dieser wurde mit Konzernrücklagen verrechnet.

Konsolidierungskreis

Die in den Konzernabschluss der Bundesrechenzentrum GmbH, Wien, einbezogenen Unternehmen betreffen folgende Gesellschaften:

- Bundesrechenzentrum GmbH, Wien,
- Bundesrechenzentrum IT-Solutions GmbH, Wien, und
- ARGE ELAK GmbH & Co OG, Wien

III. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Erläuterungen zu Posten der Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in zusammengefasster Form, getrennt nach den Hauptgruppen, im Anlagenspiegel (Seite 52 f.) dargestellt.

Es wird generell die lineare Abschreibungsmethode angesetzt; bei Zu- und Abgängen im Berichtsjahr wird pro rata temporis abgeschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände (Lizenzen betreffend EDV-Software) sind mit den Buchwerten für die in der Eröffnungsbilanz aktivierten Anlagen (mit dem beizulegenden Wert iSv § 202 Abs. 1 UGB, fortgeschriebene Anschaffungskosten), allen Zugängen mit Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßige, gegebenenfalls auch außerplanmäßige Abschreibung, angesetzt. Die planmäßige Nutzungsdauer beträgt 4 Jahre.

Die geringwertigen Vermögensgegenstände werden nach ihrem Verwendungszweck in Gruppen zusammengefasst und dementsprechend entweder im Jahr der Anschaffung zur Gänze oder auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Abschreibungen gem. § 13 EStG werden in der Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) als Zu- und Abgang gezeigt.

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen ist mit den Buchwerten für die in der Eröffnungsbilanz aktivierten Anlagen (mit dem beizulegenden Wert iSv § 202 Abs. 1 UGB, fortgeschriebene Anschaffungskosten), allen Zugängen mit Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßige, gegebenenfalls auch außerplanmäßige Abschreibung, angesetzt.

Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt für:

Nutzungsdauer Sachanlagen in Jahren	
	Jahre
Technische Anlagen, EDV	3-5
Investitionen in gemieteten Objekten	10
Technische Anlagen und Maschinen	3-10
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3-10

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 32,7 T€ vorgenommen.

Die geringwertigen Vermögensgegenstände werden nach ihrem Verwendungszweck in Gruppen zusammengefasst und dementsprechend entweder im Jahr der Anschaffung zur Gänze oder auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Abschreibungen gem. § 13 EStG werden in der Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) als Zu- und Abgang gezeigt.

Finanzanlagen

Bei den Ausleihungen handelt es sich um langfristige Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnendarlehen. Da diese Darlehen gegenüber Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen unverzinst sind, wurden die zukünftigen Raten auf ihren Barwert zum Bilanzstichtag abgezinst (Zinssatz: 3,0 %; Vorjahr: 3,5 %). Im Berichtsjahr bestehen Ausleihungen in Höhe von 68,4 T€ mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr.

Umlaufvermögen

Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Die Anschaffungskosten werden nach dem gewogenen Durchschnittspreisverfahren bewertet. Unter diesen Posten werden insbesondere die Vorräte an Büromaterial, EDV-Verbrauchsmaterial und Druckformularen ausgewiesen.

Die im Geschäftsjahr ausgewiesenen noch nicht abrechenbaren Leistungen wurden mit den anteiligen Herstellungskosten, verringert um die Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten, angesetzt. Im Fall von drohenden Verlusten wurden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Vom Wahlrecht, die erhaltenen Anzahlungen mit den noch nicht abrechenbaren Leistungen zu saldieren, wurde im Geschäftsjahr nicht Gebrauch gemacht.

Die Forderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt. Für erkennbare Risiken werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Forderungen sind der nachstehenden Aufstellung zu entnehmen:

Forderungen in T€			
	Buchwerte lt. Bilanz	davon Restlaufzeit > 1 Jahr	Einzelwert- berichtigung
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.704,1	0,0	-1,3
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	367,6	331,8	0,0
Gesamt 2012	12.071,7	331,8	-1,3
Gesamt 2011	10.823,3	331,8	-8,6

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 11.704,1 T€ (Vorjahr: 10.194,7 T€) beinhalten im Wesentlichen Leistungsverrechnungen an Ministerien und ausgliederte Gesellschaften des Bundes.

Die sonstigen Forderungen in Höhe von 367,6 T€ (Vorjahr: 628,6 T€) umfassen größtenteils Kautionen aus bestehenden Gebäudemietverträgen in Höhe von 331,8 T€ (Vorjahr: 451,8 T€), Forderungen gegenüber Lieferanten aus offenen Gutschriften in Höhe von 15,0 T€ (Vorjahr: 126,3 T€) sowie Forderungen gegenüber Mitarbeitern in Höhe von 14,0 T€ (Vorjahr: 13,1 T€).

In den sonstigen Forderungen sind Erträge in Höhe von 8,6 T€ (Vorjahr: 39,9 T€) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Eigenkapital

Stammkapital und Kapitalrücklagen in T€		
	31.12.2012	31.12.2011
I. Stammkapital	2.180,2	2.180,2
II. Kapitalrücklagen (nicht gebunden)	21.158,4	21.158,4

Die Kapitalrücklagen resultieren aus der Einbringung des ehemaligen Bundesrechenamtes, aus der Einbringung des Schulrechenzentrums per 01.01.1999 sowie eines Teilbetriebes des Land- und forstwirtschaftlichen Rechenzentrums per 01.04.2000.

III. Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen betreffen die gesetzliche Rücklage und andere Rücklagen (freie Rücklagen).

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Rücklagen ist nachstehend dargestellt:

Gewinnrücklagen in T€				
	Stand 31.12.2011	Zuweisung als Dotierung	Auflösung	Stand 31.12.2012
1. Gesetzliche Rücklage	218,0	0,0	0,0	218,0
2. Andere (freie) Rücklage	20.444,7	38,2	-934,2	19.548,7
Gesamt	20.662,7	38,2	-934,2	19.766,7

IV. Bilanzgewinn

Nach dem Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH (BGBl. Nr. 757/1996) § 5 setzt die Bundesrechenzentrum GmbH das Entgelt für ihre Leistungen für die gesetzlich oder durch Verordnung übertragenen Aufgaben nach dem Kostendeckungsprinzip fest.

Der ausgewiesene Gewinn vor Steuern (EGT) von 3.223,8 T€ ergibt mit einem Steueraufwand von 753,9 T€ einen Jahresüberschuss von 2.469,9 T€.

Die Darstellung der Komponenten des Eigenkapitals und ihrer Entwicklung ist auch dem beiliegenden Eigenkapitalpiegel (Seite 38) zu entnehmen.

Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ist in zusammengefasster Form im Folgenden dargestellt:

Rückstellungen in T€					
	Stand 31.12.2011	Verbrauch	Auflösung	Dotierung	Stand 31.12.2012
1. Rückstellungen für Abfertigungen	13.291,2	0,0	0,0	935,2	14.226,4
2. Steuerrückstellungen	146,9	-146,9	0,0	785,2	785,2
3. Sonstige Rückstellungen	18.912,3	-5.756,1	-401,1	8.270,0	21.025,1
Gesamt	32.350,4	-5.903,0	-401,1	9.990,5	36.036,8

Die Rückstellungen für Abfertigungen wurden für die ArbeitnehmerInnen der BRZ GmbH wie im Vorjahr finanzmathematisch gemäß dem Fachgutachten KFS/RL 2 des Fachsenats für Unternehmensrecht und Revision des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhandler mit einem Rechnungszinssatz von 3,0 % (Vorjahr: 3,0 %) auf Grundlage individueller Pensionsantrittsalter unter Berücksichtigung der Pensionsreform 2004 und unter Zugrundelegung eines Fluktuationsabschlages gebildet.

Sonstige Rückstellungen in T€		
	31.12.2012	31.12.2011
Gesamt	21.025,1	18.912,3
Davon:		
Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube	7.119,8	6.848,5
Rückstellung für Zeitguthaben	455,6	405,6
Rückstellung für Jubiläumzahlungen	5.654,7	5.141,7
Andere sonstige Rückstellungen	7.795,0	6.516,5

Die Rückstellungen für Jubiläumzahlungen für die ArbeitnehmerInnen der BRZ GmbH und die vom Bund übernommenen Beamten wurden wie im Vorjahr finanzmathematisch gemäß dem Fachgutachten KFS/RL 2 des Fachsenats für Unternehmensrecht und Revision des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhandler mit einem Rechnungszinssatz von 3,0 % (Vorjahr: 3,0 %) auf Grundlage individueller Pensionsantrittsalter unter Berücksichtigung der Pensionsreform 2004 und unter Zugrundelegung eines Fluktuationsabschlages gebildet.

Die wesentlichen Posten unter den anderen sonstigen Rückstellungen umfassen Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Ansprüche von MitarbeiterInnen (3.696,4 T€), Vorsorge für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (1.976,8 T€), Rückstellungen für ausstehende Eingangsrechnungen (1.910,2 T€) sowie Rückstellungen für Mietkosten (110,0 T€).

Verbindlichkeiten

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Verbindlichkeiten ist dem nachstehenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

Verbindlichkeiten in T€			
	Buchwerte lt. Bilanz	Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	45.217,0	45.217,0	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	19.110,7	19.067,2	43,5
Sonstige Verbindlichkeiten	6.222,0	6.208,8	13,2
Gesamt 2012	70.549,6	70.492,9	56,7
Gesamt 2011	48.364,0	48.154,3	209,7

Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als 5 Jahren gibt es im Berichtsjahr sowie im Vorjahr keine.

Sonstige Verbindlichkeiten in T€		
	31.12.2012	31.12.2011
Gesamt	6.222,0	5.409,7
Davon:		
Verbindlichkeiten aus Steuern	2.416,6	1.560,3
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	2.200,0	2.096,9
Andere sonstige Verbindlichkeiten	1.605,4	1.752,5

Die anderen sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich im Geschäftsjahr 2012 im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten aus Ansprüchen gegenüber MitarbeiterInnen (1.152,8 T€), Verbindlichkeiten im Rahmen des Projektes PEPPOL (351,6 T€) sowie aus Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasinggeschäften (53,8 T€) zusammen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen in Höhe von 5.693,1 T€ (Vorjahr: 4.594,1 T€) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit dem Anschaffungskurs oder dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Dingliche Sicherheiten gibt es keine.

Eventualverbindlichkeiten

Erteilte Bankgarantien

Die im Vorjahr angeführten Bankgarantien bestehen zum Bilanzstichtag nicht mehr.

Dauerschuldverhältnisse

Dauerschuldverhältnisse im Zusammenhang mit Sachanlagen in T€		
	Folgendes Jahr	Folgende 5 Jahre
Stand 31.12.2012		
Mieten	4.528,6	22.443,0
Leasing	53,8	53,8
Stand 31.12.2011		
Mieten	4.131,2	19.169,9
Leasing	71,7	125,6

Die Mieten betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Mietverträgen für Gebäude, die Leasingaufwendungen betreffen ausschließlich Sachanlagen. Es bestehen weiters langfristige Wartungs- und Werkleistungsverträge.

Erläuterungen zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 231 Abs. 2 UGB aufgestellt.

Umsätze

Die Gliederung der Umsatzanteile im Geschäftsjahr erfolgt nach BRZ-Auftragsstruktur in folgende Kundengruppen:

Umsatzanteile nach Kundengruppen in %-Anteilen		
	2012	2011
Bundesministerien, nachgeordnete Dienststellen und oberste Organe	93,6 %	92,4 %
Davon:		
Bundesministerium für Finanzen	60,5 %	54,7 %
Bundesministerium für Justiz	17,2 %	19,0 %
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	2,8 %	3,3 %
Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	0,7 %	0,8 %
Andere Bundesministerien, nachgeordnete Dienststellen und oberste Organe	12,4 %	14,6 %
Ausgegliederte Rechtsträger (inkl. Universitäten)	5,1 %	5,9 %
Länder, Gemeinden und Übrige	1,3 %	1,7 %

Die Auslandsumsätze betragen im Berichtsjahr 77,8 T€ (Vorjahr 358,1 T€).

Personalaufwand

In den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen entfällt auf Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen ein Betrag in Höhe von 617,5 T€ (Vorjahr: 553,3 T€).

Aperiodische Aufwendungen und Erträge

Im Jahr 2012 wurden aperiodische Erträge in Höhe von rund 478,3 T€ (Vorjahr: 311,9 T€) erzielt. Diese betreffen Nachverrechnungen von erbrachten Dienstleistungen. Wesentliche aperiodische Aufwendungen sind im Berichtsjahr nicht angefallen.

Steuern vom Einkommen

Im Geschäftsjahr ist gemäß § 198 Abs. 9 UGB eine Rückstellung für latente Steuern in Höhe von 124,1 T€ (Vorjahr: 146,9 T€) ausgewiesen. Teile der Steuerrückstellung sind langfristig und es wurden aktive und passive Abgrenzungsbeträge gegenseitig aufgerechnet (Aktivbetrag: 1.262,8 T€; Passivbetrag: 2.048,1 T€).

Entgelt für Abschlussprüfer

Im Berichtsjahr wurden 27,1 T€ für die Prüfungs- und Bestätigungsleistung des Abschlussprüfers ergebniswirksam erfasst. Für sonstige Beratungsleistungen hat der Abschlussprüfer 6,2 T€ Honorar erhalten.

IV. SONSTIGE ANGABEN

Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen sowie nahe stehenden Personen

Nahe stehende Unternehmen und Personen sind für die Bundesrechenzentrum GmbH vor allem die Republik Österreich und Unternehmen, an denen die Republik Österreich direkt oder indirekt Beteiligungen hält. Weiters zählen Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates und deren nahe Angehörige für die Gesellschaft zu den nahe stehenden Personen. Alle diesbezüglichen Geschäfte werden zu marktüblichen Konditionen durchgeführt.

Personal

Zum Bilanzstichtag waren 1.209 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in VBÄ (Vollbeschäftigtenäquivalent) (Vorjahr: 1.193 VBÄ) ausschließlich im Angestelltenverhältnis beschäftigt. Der durchschnittliche Mitarbeiterstand betrug 1.207 VBÄ (Vorjahr: 1.175 VBÄ). Die Fremdleistungen von externen „produktiven“ Personen betragen 36.161,4 T€ (Vorjahr: 21.856,0 T€).

V. ORGANE DES MUTTERUNTERNEHMENS

Geschäftsführung

DI Roland Jabkowski, MBA
Mag.^a Christine Sumper-Billinger

Die Gesellschaft wird durch den Geschäftsführer und die Geschäftsführerin gemeinsam oder durch einen von ihnen gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen vertreten.

Gesamtprokuristen

Dr. Anton Schicho, MBA
Dr. Wilfried Jäger
Ing. Günther Lauer
DI Ernst Steiner
Mag. Herbert Wiesböck
Mag. Gernot Silvestri

Die angeführten Gesamtprokuristen vertreten jeweils gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder mit einem weiteren Gesamtprokuristen.

Die Angaben über die Bezüge der Geschäftsführung unterbleiben gemäß § 241 Abs. 4 UGB. Es wurden keine Vorschüsse, Darlehen oder Haftungen an Mitglieder der Geschäftsführung oder an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

Aufsichtsrat

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

Mag. Georg Schöppl	Vorsitzender	22.01.2009
Dr. Wilfried Pinggera	Stv. des Vorsitzenden	01.01.2010
Dr. Wolfgang Fellner		28.11.2003
Mag. Günther Simonitsch		18.06.2008
Dkfm. Eduard Müller		18.06.2008
Mag. Dr. Gerhard Popp		03.09.2009

Von der betrieblichen Arbeitnehmervertretung der Gesellschaft entsandte Aufsichtsratsmitglieder:

Alfred Kramberger
Christa Matusich
Christian Meidl

An die Mitglieder des Aufsichtsrates (Kapitalvertreter) wurden im Berichtsjahr Vergütungen in Höhe von 16,9 T€ ergebniswirksam.

Die BRZ GmbH ist eine 100%ige Tochter der Republik Österreich. Die BRZ GmbH unterhält das 100%ige Tochterunternehmen Bundesrechenzentrum IT-Solutions GmbH, Wien, sowie Anteile an der ARGE ELAK GmbH & Co OG, Wien.

Wien, am 28. Februar 2013
Bundesrechenzentrum GmbH

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.



DI Roland Jabkowski, MBA
Geschäftsführer



Mag.^a Christine Sumper-Billinger
Geschäftsführerin

Anlagenpiegel 2012

	AK / HK zum 31.12.2011	Zugänge zu AK / HK	Abgänge zu AK / HK
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Software	74.283.411,56	7.326.553,59	-343.430,38
II. Sachanlagen			
1. Investitionen in gemieteten Objekten	18.853.429,15	2.103.829,75	-939.044,73
2. Technische Anlagen und Maschinen	92.605.933,16	19.189.317,50	-6.344.468,79
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.476.066,74	321.613,96	-166.800,15
4. Geleistete Anzahlungen	419.453,48	123.131,60	0,00
	<u>117.354.882,53</u>	<u>21.737.892,81</u>	<u>-7.450.313,67</u>
	191.638.294,09	29.064.446,40	-7.793.744,05
III. Finanzanlagen			
1. Sonstige Ausleihungen	216.141,35	66.561,94	-62.778,92
Gesamt	191.854.435,44	29.131.008,34	-7.856.522,97

Umbuchungen zu AK / HK	AK / HK zum 31.12.2012	kumulierte Abschreibungen	Buchwert zum 31.12.2012	Buchwert des Vorjahres	Abschreibungen (Zuschreibungen) des laufenden Jahres
0,00	81.266.534,77	-52.904.451,91	28.362.082,86	33.152.343,56	12.116.814,29
329.681,32	20.347.895,49	-12.824.005,73	7.523.889,76	6.547.413,41	1.349.533,31
61.285,90	105.512.067,77	-71.141.538,66	34.370.529,11	29.933.942,86	14.765.015,39
14.366,34	5.645.246,89	-4.609.418,18	1.035.828,71	1.128.409,01	422.104,26
-405.333,56	137.251,52	0,00	137.251,52	419.453,48	0,00
<i>0,00</i>	<i>131.642.461,67</i>	<i>-88.574.962,57</i>	<i>43.067.499,10</i>	<i>38.029.218,76</i>	<i>16.536.652,96</i>
0,00	212.908.996,44	-141.479.414,48	71.429.581,96	71.181.562,32	28.653.467,25
0,00	219.924,37	0,00	219.924,37	216.141,35	0,00
0,00	213.128.920,81	-141.479.414,48	71.649.506,33	71.397.703,67	28.653.467,25

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der **Bundesrechenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien**, für das **Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2012 bis zum 31. Dezember 2012** geprüft. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 31. Dezember 2012, die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzernkapitalflussrechnung und die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das am 31. Dezember 2012 endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und die Konzernbuchführung

Die gesetzlichen Vertreter des Konzerns sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit den **österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften** vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei ist von wesentlichen Fehldarstellungen, sei es auf Grund beabsichtigter oder unbeabsichtigter Fehler; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2012 sowie der Ertragslage des Konzerns und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2012 bis zum 31. Dezember 2012 in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Wien, am 1. März 2013

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

gez.
ppa. MMag. Helfried Schodl
Wirtschaftsprüfer

gez.
ppa. Mag. Christoph Achzet
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ GmbH)

Herausgeber, Medieninhaber & Redaktion:

Bundesrechenzentrum GmbH
Hintere Zollamtsstraße 4
1030 Wien
www.brz.gv.at

Layout & Grafik:

gantnerundenzi

Druck:

AV+Astoria/Wien

© Bundesrechenzentrum GmbH



